

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Strolcher:
Riesa Nr. 52.

Nr. 199.

Donnerstag, 25. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die politischen Ueberrollungen,

mit denen gegenwärtig jeder Tag auswartet, beweisen deutlich die frambisakte Anspannung, mit denen von allen Seiten zu einer Entscheidung getrieben wird. Dabei gehört zunächst nicht den starken polemischen Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und der NSDAP die Hauptaufmerksamkeit. Sie erscheinen mehr wie stürmische Wellen auf der Oberfläche des politischen Meeres. Was sich in der Tiefe vorbereitet, wird dadurch nur unvollkommen gekennzeichnet. Es ist sehr leicht möglich, daß sich Strudel ergeben, die auch das äußere Bild sehr bald und weitreichend verändern. Solche Strudel stellen die Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum dar, die nach dem Beuthener Urteil von nationalsozialistischer Seite mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Aber auch die Vorgänge im Reichswirtschaftsministerium erscheinen von größter Bedeutung, weil sie zweifellos einen Machtkampf nicht nur personeller, sondern sachlicher Art widerspiegeln.

Was bei den Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum herauskommt, ist im Augenblick, wo diese Seiten geschrieben werden, nur schwer zu prophesieren, weil die eigentlichen Bewegungen außerhalb Berlins, in Stuttgart, geführt werden und es bisher noch nicht feststeht, welche Persönlichkeiten auf nationalsozialistischer Seite in die geplanten Bewegungen eingeschaltet werden. Was NSDAP und das Zentrum in Braunschweig zusammenführt, ist nach Auffassung gut informierter Kreise die scharfe Abneigung gegen den Reichskanzler von Papen, ist darüber hinaus der Wunsch, zunächst einmal in Preußen eine Verständigung auf parlamentarischer Basis herbeizuführen, die den Reichskommissar überflüssig macht und zugleich das größte deutsche Land von Eingriffen der jetzigen Präsidialregierung befreit. Was den Verhandlungen entgegensteht, ist nach dem Uebergang der NSDAP in neue scharfste Opposition die Schwierigkeit für das Zentrum, sich in einer so leidenschaftlich aufgewühlten Atmosphäre nützlich und sachlich mit den nüchternen und sachlichen Führern der NSDAP zu treffen. Besonders der Ton des Berliner Organs der NSDAP ist im Augenblick so, daß er eigentlich die Stilllegung des Zentrums mit der NSDAP bewußt torpediert. Es ist fast sicher, daß die Verhandlungsführer des Zentrums ein Abrücken ihrer Gesprächspartner von den weit ausholenden Angriffen des „Angriff“ gefordert haben, ehe man überhaupt ernsthafte Verhandlungen begann. Von Zentrumsseite wird nach wie vor betont, daß die entscheidenden Personalfragen lediglich die Belegung des Ministerpräsidentenpostens und des Postens des Innenministers betreffen. Ob man nach den Vorfällen der letzten Tage allerdings noch bei dem letzteren Posten zu einem Entgegenkommen bereit ist, wie es noch vor kurzem schien, ist nicht mehr zu sagen. Man wird aber in jedem Fall Erklärungen der beteiligten Parteien abwarten müssen, ehe man ein wirklich objektives Urteil zu fällen vermag. Beachtenswert ist, daß man auf Zentrumsseite von den Vespörungen dieser Woche unbedingt eine Klärung erhofft und daß man bis zu dieser Klärung mit den eigenen Entscheidungen über weiterreichende Fragen sehr behutsam zurückhält.

Für den Rücktritt Dr. Trendelenburgs ist von interessierter Seite sehr bald die Erklärung gegeben worden, daß der Rücktritt vor allem auf die Abneigung des auscheidenden Staatssekretärs gegen planwirtschaftliche Tendenzen innerhalb der Reichsregierung zurückzuführen sei. Man darf nicht übersehen, daß diese Erklärung amtlicherseits sehr energisch bestritten wird. Aber auch in den Kreisen, die den jetzigen Reichswirtschaftsminister gegenwärtig nahe stehen, weist man darauf hin, daß die Erklärung schon deshalb nicht zutrifft, weil sich in den bekannten Äußerungen Professor Warmbolds keinerlei Aenderungen vollzogen haben. Man betont nachdrücklich, daß es sich bei den Differenzen zwischen Dr. Trendelenburg und Professor Warmbold nicht um grundsätzliche Gegensätze, sondern nur um methodische Meinungsverschiedenheiten gehandelt habe. Der jetzige Reichswirtschaftsminister habe den Eindruck, daß sich Dr. Trendelenburg nicht aktivistisch genug für die Interessen der Privatwirtschaft einsetze und daß in dem jetzigen Augenblick ein schärferes Vorgehen in der Verfolgung der gemeinsamen Ziele notwendig sei.

Mit dieser Charakteristik, die wie noch einmal betont sei, von einer Seite gegeben wird, die Professor Warmbold nahe steht, scheint zunächst die große Rede des Reichshauptpräsidenten Dr. Luther in Dortmund zusammenzufallen. Auch in dieser Rede findet sich eine scharfe Wertsagung gegen alle planwirtschaftlichen Experimente und eine Verheißung der Initiativekraft der freien Wirtschaft, wie sie positiver kaum zu denken ist. Frappierend wirkt nur, daß sich nach unseren Informationen die Reichsregierung keineswegs hundertprozentig mit der Rede Dr. Luthers identifiziert, sondern daß besonders der Reichskanzler eine Haltung einnimmt, die etwa in der Mitte zwischen den Gedankengängen Dr. Luthers und planwirtschaftlichen Erwägungen liegt. Von neuem taucht der Begriff einer „gereinigten Individualwirtschaft“ auf und von neuem betont man, daß an eine bedingungslose Preisgabe der Reichsinteressen bei den Banken, dem Stahlverein und der Großschiffahrt nicht zu denken sei. In politischen Kreisen erblidet man nun in diesen verschiedenen Behauptungen einen Beweis dafür, daß die Meinungsgegenstände innerhalb der Reichsregierung selbst noch keineswegs gehoben sind. Man sieht vor allem nach wie vor in General von Schleicher den eigentlichen Gegenbieter Dr. Luthers, der in der

Neue Demonstrationen in Beuthen

Bannmelle um das Beuthener Gericht. — Neue Polizeiverordnungen.

In Beuthen. Im Zusammenhang mit der von nationalsozialistischer Seite durch ein Extrablatt angeführten angeblich bevorstehenden Ueberführung der 5 zum Tode verurteilten SA- und SS-Leute aus dem Beuthener Gerichtsgang nach der Strafanstalt in Groß-Strelitz hatte sich gestern in den Abendstunden in den Straßen von Beuthen eine größere Anzahl Nationalsozialisten in Uniform in geschlossenen Formationen angeammelt und unter Anführung des Horst-Wessel-Liedes und anderer nationalsozialistischer Lieder die Straßen der Stadt in der Nähe des Strafgerichtesgebäudes durchzogen. Bisher wurden mehrere Schaufensterbeschäden verurteilt. Die Polizei ist wiederum in verstärkter Alarmbereitschaft und mit Stahlhelmen, Karabinern und Maschinengewehren ausgestattet.

Am 23. Uhr teilte die Polizeipreisdelle mit, daß ein Abtransport der 5 in dem Potempaer Prozeß zum Tode Verurteilten bis zur Entscheidung über die Frage der Begnadigung nicht stattfindet.

Ueber die Vorgänge in Beuthen in den gestrigen Abendstunden wird noch bekannt, daß die Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels und mit vorbestimmtem Karabiner, ohne jedoch zu schießen, den Kaiser-Franz-Joseph-Platz, der in unmittelbarer Nähe des Strafgerichtesgebäudes sich befindet, geräumt hat. Eine Person mußte infolge Verletzung mit dem Krankenwagen abtransportiert werden.

Auch die Bahnhofstraße wurde in der Nähe des SA-Heims unter Anwendung des Gummiknüppels von der Polizei geräumt. In dem sozialdemokratischen „Volkshaus“ wurden 16 Fensterbeschäden eingeworfen und die Türen zertrümmert.

Bei der von der Polizei vorgenommenen Räumung mehrerer Straßen wurden, wie jetzt bekannt wird, etwa 20 Personen, meist Nationalsozialisten, verletzt, einige von ihnen schwer.

In der Bahnhofstraße verletzten Arbeitslose ein jüdisches Abzahlungsgeschäft zu plündern; sie wurden jedoch von uniformierten Nationalsozialisten daran gehindert und der Polizei übergeben. Gegen Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt, nachdem den SA-Formationen, unter denen sich auch Breslauer Gruppen befinden, bekannt geworden war, daß ein Abtransport der zum Tode Verurteilten vorerit nicht stattfindet.

Polizeiverordnungen des Oberpräsidenten.

In Doppel. Der Oberpräsident von Oberschlesien hat zwei Polizeiverordnungen erlassen, die sofort in Kraft treten. In der ersten Verordnung wird die Beförderung von Personen zu politischen Zwecken mit Lastkraftwagen verboten. Ausnahmen können nur durch die zuständigen Polizeipräsidenten oder Landräte erteilt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit einem Zwangsgeld bis zu 150 RM bestraft.

In der zweiten Verordnung wird in dem Gebiet um das Strafgericht in Beuthen jede Ansammlung oder Zusammenrottung von Einzelpersonen oder Gruppen auf den Straßen verboten. Auch das Befahren des gen. Stadtbezirks mit Lastwagen zwecks Personenbeförderung wird verboten. Zuwiderhandlungen werden mit einem Zwangsgeld bis zu 150 RM bestraft. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der bisherigen Rotverordnungen über Demonstrations- und Umzugsverbote selbstverständlich unberührt.

Verfolgung seiner eigenen politischen Ziele noch immer den Nationalsozialisten stark entgegenkommen möchte. Man verweist in diesem Zusammenhang auch darauf, daß ja die nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien selbst einen friedlichen Ausgleich zwischen planwirtschaftlichen Tendenzen und der freien Unternehmerrinitiative vorsehen. Da also in jedem Fall das Wirtschaftsprogramm der jetzigen Regierung bei den vorhandenen Gegensätzen auf ein Kompromiß herauslaufe, scheint ein „gereinigter Nationalsozialismus“ von dem Wege einer „gereinigten Individualwirtschaft“ zum mindesten als Zwischenlösung nicht so entfernt wie vielfach angenommen wird. Man wird diese neuartige Argumentation beachten müssen.

Zentrum und Nationalsozialisten

Unterredung zwischen Brüning und Straßer

In politischen Kreisen interessiert man sich lebhaft für die Fühlungnahme, die in Süddeutschland zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten stattgefunden hat. Am Mittwoch sind zwar führende Vertreter des Zentrums unter sich beisammen gewesen. Man spricht aber davon, daß am Dienstag eine Zusammenkunft zwischen Dr. Brüning und Gregor Straßer stattgefunden hat, und zwar wahrscheinlich in Konstanz am Bodensee.

Die bisherigen Vespörungen scheinen jedoch noch kein positives Ergebnis gebracht zu haben, und es ist deshalb wohl nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen noch weitergehen.

Für das Zentrum haben sie offensichtlich den Zweck, bis zum Zusammentritt des Reichstages über die dann gegebenen Möglichkeiten Klarheit zu schaffen, und zwar über die

Polizeibericht über die Beuthener Kundgebung.

In Gleiwitz. Die Polizeipreisdelle gibt über die bereits gemeldeten Vorfälle in Beuthen nunmehr einen Bericht aus, in dem es u. a. heißt:

Gegen 14 Uhr wurden in einem Geschäft in der Gartenstraße die Schaufensterbeschäden eingeschlagen, um 22 Uhr wurden in der Bahnhofstraße 2 Fensterbeschäden eines Lokals und im Volkshaus gleichfalls zwei Fensterbeschäden zertrümmert. Hierbei wurde ein Nationalsozialist als Täter festgenommen. Gegen 22.30 Uhr zogen dann 300 bis 400 Nationalsozialisten, Männer und Frauen, zum Teil in Uniform, um das Gerichtesgebäude und vandalisierten. Schutzpolizei drängte sie auseinander. Zu gleicher Zeit sammelten sich auf dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz mehrere hundert Personen an. Auch hier schritt die Schutzpolizei ein und trieb die Leute auseinander.

In Beuthen. Die Polizeipreisdelle erzählt ihren bereits gemeldeten Bericht über die Vorfälle in Beuthen noch wie folgt: Um 22.15 Uhr wurde auf der Bahnhofstraße der Schaufenster der Oberschlesischen Volkshaus eingeschlagen, nachdem kurz zuvor auf der Gymnasialstraße zwei Fensterbeschäden der Wohnung eines Goldblein eingeschlagen worden waren. — Um 23 Uhr wurde auf der Bahnhofstraße die Schaufensterbeschäden der Firma Steinhauer u. Tiefenbrunn eingeschlagen und die Auslässe gekümbert. Ein Täter wurde festgenommen. — Um 24 Uhr verletzten Edel Schul- und Ludowigerstraße junge Burischen die Fensterbeschäden des kommunikativen Büros einschlagen. Sie zertrümmerten aber nur die Fensterbeschäden eines anrenzenden Kellers. Um 23 Uhr wurde auf der Bahnhofstraße ein Personenkraftwagen angehalten und die 6 Insassen auf Grund des Demonstrationsverbotes und wegen fortgesetzten Ungehorsams verhaftet, so daß insgesamt 8 Personen von der Polizei im Laufe der Vorfälle am Mittwoch abend in Beuthen verhaftet wurden.

Stahlhelm für Begnadigung der Beuthener SA-Leute.

In Berlin. Der Stahlhelm hat sich mit einem Schreiben an den Reichskanzler mit der Bitte gewandt, die durch das Beuthener Urteil über fünf Angehörige der SA verhängte Todesstrafe auf dem Gnadenwege von den Verurteilten abzuwenden. Ein weiteres Gnadengeuch hat der Adolfs-Paule-Bund an den Reichspräsidenten gerichtet.

Der Stahlhelm begründet sein Gnadengeuch insbesondere mit dem Hinweis auf den geringen Zeitalterschied zwischen dem Auftritte der Rotverordnung und der Durchführung der Tat, die es ausmacht, daß die Täter von den neuen Strafbestimmungen Kenntnis haben konnten.

Protest der sächsischen Nationalsozialisten.

In Dresden. Der Führer der Gruppe Sachsen der nationalsozialistischen SA, von Dettin, hat an den Reichskanzler von Papen ein Telegramm gerichtet, in dem er im Namen von 4000 SA-Männern Protest gegen das Beuthener Urteil erhebt. Die NSDAP fordere nicht Begnadigung, sondern Rechtfertigung auf Grund wahrhaften deutschen Rechts.

Frage der Wahl des Reichstagspräsidenten, die ja gleich in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichstages stattfindet, wie auch über die parlamentarischen Möglichkeiten einer Regierungsneubildung. Solange diese Fühlungnahme noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich über das Ergebnis natürlich schwer etwas sagen. Vorläufig ist nur festzustellen, daß man die Aussichten in politischen Kreisen (Leipzig) beurteilt.

Am Mittwoch keine Koalitionsverhandlungen in Stuttgart.

Stuttgart. (Dunkelfruh.) Zu der gestrigen Zentrumsvespörung in Stuttgart wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich dabei nur um die seit Wochen übliche Berichterstattung des Generalsekretärs der deutschen Zentrumspartei, des Reichstagsabg. Dr. Vogel, bei dem württembergischen Staatspräsidenten, der seit der Erkrankung des Präsidenten Kaas zusammen mit dem Reichstagsabg. Joos mit der Geschäftsführung beauftragt ist, über die Vorgänge in Berlin gehandelt hat. An der Vespörung haben auch Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und Staatsrat Dr. Schäffer-Wächter teilgenommen. Eine Vespörung mit den Nationalsozialisten in Stuttgart sei nicht geplant.

* Berlin. Auch von Zentrumsseite wird nach einer Meldung Berliner Blätter aus Stuttgart in Abrede gestellt, daß dort am Mittwoch eine Koalitionskonferenz zwischen Nationalsozialisten und Zentrum stattgefunden habe. Wichtig sei dagegen, daß am Mittwoch führende Männer des Zentrums in Stuttgart Vespörungen über die politische Lage abgehalten hätten.